

IdNr. Ehemann 80 159 623 498  
IdNr. Ehefrau 90 175 863 527  
Steuernummer 115/521/00206  
(Bitte bei Rückfragen angeben)Finanzkasse  
Zi.Nr.: 212  
Tel.: 03491 430-3753

FA. PF 100254, 06872 Wittenberg

000001898

//

Herrn und Frau  
Rolf und  
Susanne Schwitzing  
Joh.-Strauß-Str. 28  
06886 Wittenberg**Bescheid für 2014**

über

**Einkommensteuer  
und  
Solidaritätszuschlag****Festsetzung****Art der Steuerfestsetzung**

Der Bescheid ist nach § 165 Abs. 1 Satz 2 AO teilweise vorläufig.

Festgesetzt werden.....  
ab Steuerabzug vom Lohn.....  
verbleibende Steuer.....  
**A b r e c h n u n g** (Stichtag 06.07.2015)  
bereits getilgt.....  
mithin sind zuwenig entrichtet.....  
Bitte zahlen Sie  
spätestens am 20.08.2015.....

Einkommen- steuer €	Solidaritäts- zuschlag €
4.344,00	238,92
4.340,00	192,79
4,00	46,13
0,00	0,00
4,00	46,13
4,00	46,13

Den Gesamtbetrag von 50,13 € zahlen Sie bitte bis zum  
angegebenen Fälligkeitstag auf das angeführte Konto.**Besteuerungsgrundlagen****Berechnung des zu versteuernden Einkommens**

	Ehemann €	Ehefrau €	insgesamt €
<b>Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit</b>			
Bruttoarbeitslohn	43.856	33	
ab Werbungskosten Ehemann			
Wege Wohnung - erste Tätigkeitsstätte			
Entfernungspauschale für 220 Tage			
Wege mit Pkw			
220 Tage x 12 km x 0,30	792,00		
Entfernungspauschale	792		
insgesamt	792		
übrige Werbungskosten	240		
Werbungskosten Ehefrau			
mind. Arbeitnehmer-Pauschbetrag		33	
<b>Einkünfte</b>	<b>42.824</b>	<b>0</b>	
<b>Gesamtbetrag der Einkünfte</b>	<b>42.824</b>	<b>0</b>	<b>42.824</b>

Form.Nr. 008448 G 000228501 / 003691 - Fortsetzung nächste Seite - Rt. 6.07.2015 Est 2014

Negative Beträge mit  
Minuszeichen.Öffnungszeiten:  
Mo, Di, Do, Fr 8-12Uhr, Di  
13-18Uhr, Do 13-16UhrDas Finanzamt (Finanzkasse) hat folgende Konten:  
Kreditinstitut:  
BBk Magd.

IBAN: DE51 8100 0000 0080 5015 07 BIC: MARKDEF1810

Ablagenummer:  
29.06.15 A01 21Telefax:  
03491 430-4600

Bescheid für 2014 über E i n k o m m e n s t e u e r und Solidaritätszuschlag  
vom 16.07.2015

Gesamtbetrag der Einkünfte (Übertrag)			42.824
<b>ab beschränkt abziehbare Sonderausgaben</b>			
Summe der Altersvorsorgeaufwendungen		8.289	2.322
davon 78 %		6.466	
ab Arbeitgeberanteil zur Rentenversicherung		4.144	
verbleiben		2.322	
Beiträge zur Krankenversicherung			3.904
- Ehemann	3.597		
Summe Krankenversicherungsbeiträge	3.597	3.597	
ab Kürzungsbetrag nach § 10 Abs. 1 Nr. 3 Buchstabe a Satz 4 EStG		143	
verbleiben		3.454	6.226
Beiträge zur Pflegeversicherung			
- Ehemann	450		
Summe Pflegeversicherungsbeiträge	450	450	
Summe der Beiträge nach § 10 Abs. 1 Nr. 3 EStG		3.904	6.226
Summe der abziehbaren Vorsorgeaufwendungen			
Sonderausgaben-Pauschbetrag			72
<b>Einkommen / zu versteuerndes Einkommen</b>			<b>36.526</b>

**Berechnung der Steuer**

		€
zu versteuern nach dem Splittingtarif	36.526	4.344
<b>festzusetzende Einkommensteuer</b>		<b>4.344</b>

**Berechnung des Solidaritätszuschlags**

	€
<b>Einkommensteuer</b>	<b>4.344,00</b>
<b>Bemessungsgrundlage für den Solidaritätszuschlag</b>	<b>4.344,00</b>
davon 5,5 % Solidaritätszuschlag	238,92

000003



Bescheid für 2014 über Einkommensteuer und Solidaritätszuschlag  
vom 16.07.2015

## Erläuterungen zur Festsetzung

Wege des Ehemannes zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte konnten ohne Nachweis nur für 220 Arbeitstage berücksichtigt werden.  
Der Höchstbetrag für sonstige Vorsorgeaufwendungen wurde bereits durch die Berücksichtigung Ihrer Beiträge zur Krankenversicherung (Basisabsicherung) und zur gesetzlichen Pflegeversicherung ausgeschöpft; ein darüber hinausgehender Abzug der weiteren sonstigen Vorsorgeaufwendungen ist daher nicht möglich (Neuregelung durch das Bürgerentlastungsgesetz Krankenversicherung vom 16.7.2009, Bundesgesetzblatt Teil I S. 1959).  
Sollten Sie vermögenswirksame Leistungen angelegt haben, können Sie ggf. die Festsetzung der Arbeitnehmer-Sparzulage noch bis zum 31.12.2018 beantragen.

Die Festsetzung der Einkommensteuer ist gem. § 165 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 AO vorläufig hinsichtlich

- der Nichtabziehbarkeit von Beiträgen zur Rentenversicherung als vorweggenommene Werbungskosten bei den Einkünften im Sinne des § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchstabe a EStG
- der Höhe des Grundfreibetrages (§ 32a Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 EStG)
- der beschränkten Abziehbarkeit von sonstigen Vorsorgeaufwendungen im Sinne des § 10 Abs. 1 Nr. 3a EStG
- des Abzugs einer zumutbaren Belastung (§ 33 Absatz 3 EStG) bei der Berücksichtigung von Aufwendungen für Krankheit oder Pflege als außergewöhnliche Belastung
- der Berücksichtigung von Beiträgen zu Versicherungen gegen Arbeitslosigkeit im Rahmen eines negativen Progressionsvorbehalts (§ 32b EStG)
- der Abziehbarkeit der Aufwendungen für eine Berufsausbildung oder ein Studium als Werbungskosten oder Betriebsausgaben (§ 4 Absatz 9, § 9 Absatz 6, § 12 Nummer 5 EStG)

Die Festsetzung des Solidaritätszuschlags ist gem. § 165 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 AO vorläufig hinsichtlich

- der Verfassungsmäßigkeit des Solidaritätszuschlaggesetzes 1995

Die Vorläufigkeitserklärung erfasst sowohl die Frage, ob die angeführten gesetzlichen Vorschriften mit höherrangigem Recht vereinbar sind, als auch den Fall, dass das Bundesverfassungsgericht oder der Bundesfinanzhof die streitige verfassungsrechtliche Frage durch verfassungskonforme Auslegung der angeführten gesetzlichen Vorschriften entscheidet (BFH-Urteil vom 30. September 2010 - III R 39/08 -, BStBl 2011 II S. 11). Die Vorläufigkeitserklärung erfolgt lediglich aus verfahrenstechnischen Gründen. Sie ist nicht dahin zu verstehen, dass die im Vorläufigkeitsvermerk angeführten gesetzlichen Vorschriften als verfassungswidrig oder als gegen Unionsrecht verstoßend angesehen werden. Soweit die Vorläufigkeitserklärung die Frage der Verfassungsmäßigkeit einer Norm betrifft, ist sie außerdem nicht dahingehend zu verstehen, dass die Finanzverwaltung es für möglich hält, das Bundesverfassungsgericht oder der Bundesfinanzhof könne die im Vorläufigkeitsvermerk angeführte Rechtsnorm gegen ihren Wortlaut auslegen.

Sollte aufgrund einer diesbezüglichen Entscheidung des Gerichtshofs der Europäischen Union, des Bundesverfassungsgerichts oder des Bundesfinanzhofs diese Steuerfestsetzung aufzuheben oder zu ändern sein, wird die Aufhebung oder Änderung von Amts wegen vorgenommen; ein Einspruch ist daher insoweit nicht erforderlich.

Der Vorläufigkeitsvermerk hinsichtlich der Nichtabziehbarkeit von Beiträgen zu Rentenversicherungen als vorweggenommene Werbungskosten stützt sich auch auf § 165 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 AO und umfasst deshalb auch die Frage einer eventuellen einfachgesetzlich begründeten steuerlichen Berücksichtigung.



Bescheid für 2014 über E i n k o m m e n s t e u e r und Solidaritätszuschlag  
vom 16.07.2015

### **R e c h t s b e h e l f s b e l e h r u n g**

Die Festsetzung der Einkommensteuer und des Solidaritätszuschlags kann mit dem Einspruch angefochten werden.

Der Einspruch ist bei dem vorbezeichneten Finanzamt oder bei der angegebenen Außenstelle schriftlich einzureichen, diesem / dieser elektronisch zu übermitteln oder dort zur Niederschrift zu erklären.

Ein Einspruch ist jedoch ausgeschlossen, soweit dieser Bescheid einen Verwaltungsakt ändert oder ersetzt, gegen den ein zulässiger Einspruch oder (nach einem zulässigen Einspruch) eine zulässige Klage, Revision oder Nichtzulassungsbeschwerde anhängig ist. In diesem Fall wird der neue Verwaltungsakt Gegenstand des Rechtsbehelfsverfahrens. Dies gilt auch, soweit sich ein angefochtener Vorauszahlungsbescheid durch die Jahressteuerfestsetzung erledigt.

Die Frist für die Einlegung eines Einspruchs beträgt einen Monat. Sie beginnt mit Ablauf des Tages, an dem Ihnen dieser Bescheid bekannt gegeben worden ist. Bei Zusendung durch einfachen Brief gilt die Bekanntgabe mit dem dritten Tag nach Aufgabe zur Post als bewirkt, es sei denn, dass der Bescheid zu einem späteren Zeitpunkt zugegangen ist.

Auch wenn Sie einen Einspruch einlegen, müssen Sie die angeforderten Beträge fristgemäß zahlen, es sei denn, dass die Vollziehung des Bescheids ausgesetzt oder Stundung gewährt worden ist.

Wenn Sie beabsichtigen, einen Einspruch elektronisch einzulegen, wird empfohlen, den Einspruch über das ElsterOnline-Portal ([www.elsteronline.de](http://www.elsteronline.de)) zu übermitteln.

### **Z a h l u n g u n d F o l g e n v e r s p ä t e t e r Z a h l u n g**

Bitte zahlen Sie unbar, möglichst durch Überweisung oder Einzahlung auf ein Konto des Finanzamts (Konten des Finanzamts siehe erste Seite unten). Vergessen Sie bitte nicht, bei jeder Zahlung die Steuernummer, die Steuerart und den Zeitraum anzugeben, für den Sie die Steuer entrichten.

Für künftig fällig werdende Steuerzahlungen können Sie auch die Teilnahme am Lastschriftinzugsverfahren erklären. Vordrucke erhalten Sie bei Ihrem Finanzamt. Fällige Steuerzahlungen werden in diesem Fall von Ihrem Girokonto abgebucht.

Wird eine Steuer nicht bis zum Ablauf des Fälligkeitstages entrichtet, so ist für jeden angefangenen Monat der Säumnis ein Säumniszuschlag von 1 % des abgerundeten rückständigen Steuerbetrags zu entrichten. Falls Vollstreckungsmaßnahmen ergriffen werden müssen, entstehen dafür außerdem Kosten.

Eine Zahlung gilt als wirksam geleistet:

- bei Überweisung oder Einzahlung auf ein Konto des Finanzamts (Finanzkasse) an dem Tag, an dem der Betrag dem Finanzamt gutgeschrieben wird,
- bei erteilter Einzugsermächtigung am Fälligkeitstag.

**A l l g e m e i n e s:** Bitte bewahren Sie diesen Bescheid auf. Er dient auch als Einkommensnachweis zur Vorlage bei anderen Behörden.

